

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

18. WP - 65. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. November 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hauke Göttsch (CDU)

Vorsitzender

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Hans Hinrich Neve (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Uli König (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mündliche Anhörung	5
a) E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4261	
Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4311	
b) Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei der E-Mobilität	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4468	
2. Projekte „Blüten für Bienen“ und „JKK und Tiergesundheit“	10
Gespräch mit externen Sachverständigen:	
- Landesverband Schleswig-Holsteinischer und Hamburger Imker <i>Anke Last, Vorsitzende</i> <i>Dietrich Ramert, stellvertretender Vorsitzender</i> Umdruck 18/6906	
- Interessengemeinschaft Jakobskreuzkraut „Naturschutz ohne Verlierer“ <i>Rainer Korten</i> Umdruck 18/6811	
- Stiftung Naturschutz <i>Dr. Aiko Huckauf, Leiter des JKK-Kompetenzzentrums</i> <i>Dr. Walter Hemmerling, geschäftsführender Vorstand der Stiftung Naturschutz</i> Umdrucke 18/6812 und 18/6828	
- Institut für Bienenschutz, Braunschweig <i>Dr. Jens Pistorius (nicht anwesend)</i> Umdruck 18/6790	

3. Lohndumping in Schlachthöfen verhindern! 13

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4105](#)

- Verfahrensfragen -

4. Beschlüsse des 28. Altenparlaments 14

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23. September 2016

[Umdruck 18/6607](#)

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mündliche Anhörung

a) E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4261](#)

Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4311](#)

(überwiesen am 22. Juli 2016 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

b) Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei der E-Mobilität

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4468](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke [18/6649](#), [18/6693](#), [18/6717](#), [18/6728](#), [18/6729](#), [18/6748](#),
[18/6749](#), [18/6750](#), [18/6751](#), [18/6780](#), [18/6789](#), [18/6791](#),
[18/6800](#), [18/6813](#)

Herr Hillebrand, stellvertretender Vorsitzender des ADAC Schleswig-Holstein, trägt die Stellungnahme des ADAC, [Umdruck 18/6751](#), vor.

Herr Kaak trägt die Stellungnahme des Verbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., [Umdruck 18/6791](#), vor.

Auf Fragen des Vorsitzenden antwortet Herr Hillebrand, Verkehrserziehung und Öffentlichkeitsarbeit sollten deutlich machen, dass Fahrzeuge künftig nicht mehr unbedingt Lärm machen, beziehungsweise der Gesetzgeber müsste eine Art Motorgeräusch verbindlich vorschreiben (Soundgenerator). Um die Ladezeit von Akkus zu verkürzen, müsse die Leistungsfähigkeit der Ladegeräte beziehungsweise Akkus gesteigert werden. Die Ladezeit - so ergänzt Herr Schwarz, Geschäftsführer des ADAC Schleswig-Holstein - sei der wesentliche Grund dafür, dass die Ladestationen des ADAC kaum genutzt würden.

Herr Kaak mahnt unter Hinweis auf die Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur ein abgestimmtes Gesamtkonzept für den Aufbau von Ladesäulen an. Man müsse dafür sorgen, dass nicht alle Fahrzeuge zeitgleich aufgeladen würden, sondern „dass sich das Fahrzeug über die Ladesäule mit der Windmühle unterhalten kann“. Um Elektromobilität in Schleswig-Holstein technisch und wirtschaftlich zu realisieren, seien Netzbetreiber (Stadtwerke), Messstellen, Erzeuger und Gesetzgeber gefordert.

Auf Fragen von Abg. Matthiessen antwortet Herr Hillebrand, eine Subventionierung des Kaufs von Elektrofahrzeugen lehne der ADAC ab; entscheidend sei, den Schadstoffausstoß im Verkehr zu reduzieren. Die Förderung von privilegiertem Parken sei ein Schritt in die richtige Richtung. In Schleswig-Holstein habe es zum 1. Januar 2016 nur 740 zugelassene Elektroautos gegeben.

Auf Fragen von Abg. König antwortet Herr Kaak, die Ladesäulen der Stadtwerke seien alle öffentlich zugänglich. Angeboten würden verschiedene Zahlungssysteme oder auch eine kostenlose Stromaufladung.

Herr Hillebrand macht darauf aufmerksam, dass der Kaufpreis eines Elektrofahrzeugs derzeit ein Hemmnis darstelle. Die Deutsche Post AG sei dabei, ein eigenes Elektrofahrzeug zu entwickeln.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Kaak, die Einführung der Elektromobilität, die ein phantastischer Beitrag zur Energiewende sei, werde in Schleswig-Holstein ungefähr 10 % mehr Strom erfordern. Zurzeit sei Elektromobilität für die Kunden nicht billiger, nicht schneller und nicht komfortabler und eine Umstellung damit wenig attraktiv. Ziel müsse es sein, sein Fahrzeug zu Hause (über Nacht) aufladen zu können. Natürlich brauche man daneben eine gewisse öffentliche Ladeinfrastruktur, die derzeit allerdings nicht wirtschaftlich betrieben werde.

Herr Hillebrand weist darauf hin, dass man beim Kauf eines Tesla die Ladestationen des Herstellers europaweit kostenfrei nutzen könne.

Herr Wiese, Projektmanager von eE4mobile eG, trägt die Stellungnahme von eE4mobile eG, [Umdruck 18/6800](#), vor.

Herr Dr. Tiedemann, Professor für Leistungselektronik und Elektrische Antriebe an der Fachhochschule Lübeck, führt aus, die Elektromobilität werde in ein bis drei Jahren eine verkehrspolitische Revolution auslösen. Sobald Elektroautos ähnlich teuer wie Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor würden, würden sich Elektrofahrzeuge durchsetzen, weil sie technologisch besser seien. Außerdem werde sich autonomes Fahren durchsetzen. Die Industrie der Zukunft liege in der Produktion von Batterien. Schleswig-Holstein als Land der erneuerbaren Energien biete beste Rahmenbedingungen für die neue Technologie, mit der man praktisch umsonst Auto fahren könne. Entscheidend sei, Forschung und Entwicklung der Elektromobilität zu fördern. Der Autoersatzteilhandel werde mittelfristig auf 20 % zurückgehen.

Herr Hrach vom Bundesverband Windenergie trägt die Stellungnahme der ARGE Netz, [Umdruck 18/6813](#), vor.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert Herr Wiese, Schukostecker in der Bahn für E-Bikes würden ebenso wenig genutzt wie öffentliche Ladestationen für Elektroautos. Damit die „Reichweitenangst“ weiter abnehme, biete man Probefahrten an. Um den Betrieb von Ladestationen, für die es unterschiedliche Bezahlssysteme gebe, nicht unnötig zu verteuern, sollte der Strom nicht kostenfrei abgegeben werden; Barzahlen sei nicht möglich. Ladestationen sollten in erster Linie an Tankstellen errichtet werden. Der Bedarf an Werkstätten werde mit zunehmender Elektromobilität deutlich zurückgehen. In verschiedenen Dörfern in Nordfriesland werde E-Carsharing angeboten, zum Beispiel in Klixbüll. Die Ladeinfrastruktur werde in Nordfriesland weiter ausgebaut; wichtig sei auch die Errichtung von Schnellladern. Das Thema fehlende Fahrgeräusche sei in erster Linie ein „Kopfproblem“. Sinnvoll sei es, EU-weit ein einheitliches Geräusch für alle E-Mobile vorzuschreiben.

Herr Dr. Tiedemann betont noch einmal die Notwendigkeit der Forschungsförderung. In Kooperation von Custom Cells (ISIT), emovum GmbH und Fachhochschule Lübeck wolle man eine Ladesäule bauen in Kombination mit einer vernünftigen Speicherbatterie; dafür brauche man Forschungsgelder von zweimal 2 Millionen € Das Induktionsverfahren sei zu teuer und brauche noch circa fünf bis zehn Jahre. Induktionsfahren im Straßenverkehr werde sich nicht durchsetzen, weil es technologisch zu aufwendig sei. Das Elektroauto sei in der Massenpro-

duktion um Längen günstiger als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Kostentreiber seien zurzeit noch die Batterien und fehlendes Know-how in den Firmen.

Herr Hrach weist auf die Vorteile von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen hin, die besonders auch auf der Schiene eingesetzt werden sollten. Gasbetriebene Verbrennungsfahrzeuge könnten nur eine Übergangslösung sein.

Dr. Eisele, Professor am Kompetenzzentrum Elektromobilität Schleswig-Holstein an der Fachhochschule Kiel, trägt die Stellungnahme [Umdruck 18/6693](#) vor. Um das Thema Elektromobilität voranzubringen, sei Voraussetzung, die Ausstattung der Hochschulen zu verbessern, den Ingenieurwachstum zu fördern, die Landesförderung von Forschungsinitiativen wiedereinzuführen und ein Applikationszentrum für leistungselektronische Anwendungen an der Fachhochschule Kiel einzurichten, um die Industrienähe praktisch auszufüllen.

Herr Dr. Steinborn, Geschäftsführer der Firma StreetScooter GmbH, führt aus, die Firma StreetScooter produziere alle Elektrofahrzeuge für die Deutsche Post. Geplant sei, in zwei Jahren circa 25.000 Elektrofahrzeuge zu bauen. Damit die Lebenskosten eines Elektrofahrzeugs denen eines Verbrennungsfahrzeugs entsprächen, müsse man die Massenproduktion einführen. Um die Zahl der Elektrofahrzeuge zu erhöhen, sei es am Anfang durchaus sinnvoll, den Kauf eines Elektroautos staatlich zu fördern. Außerdem sollten die Kommunen wie die Post mit gutem Beispiel vorangehen und verstärkt Elektrofahrzeuge einsetzen. Voraussetzung für die Einführung der Elektromobilität sei der Aufbau einer ausreichenden Netz-, Lade-, Service- und Wartungsinfrastruktur. Auch wasserstoffbetriebene Fahrzeuge seien eine sinnvolle Alternative, um das Mobilitätsverhalten weiter zu befeuern. Die Einführung von sogenannten Soundern, die Geräusche abstrahlten, könne die Verkehrssicherheit erhöhen. Die Kosten der Post für Wartung und Reparatur seien nach der Umstellung auf circa ein Drittel gesunken. Gemeinsam mit anderen Anzuhörenden warnt er davor, dass die deutsche Automobilindustrie die Entwicklung verschleife und die Innovation nicht offensiv angehe.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Dr. Eisele, weil immer weniger Jugendliche technikinteressiert seien, müssten sich die Hochschulen auch „nach unten hin öffnen“. Die Fachhochschule produziere elektrische Lösungen, die in allen Fahrzeugen eingesetzt werden könnten. Es sei damit zu rechnen, dass Elektroautos in erster Linie in China und nicht in Europa produziert würden. Man müsse die mit Elektromobilität befassten Betriebe in Schleswig-Holstein unterstützen und zu einer Massenproduktion kommen, damit die Kosten deutlich abnähmen.

Auf Fragen von Abg. Matthiessen antwortet Herr Dr. Steinborn, Elektromobilität sei gerade im urbanen Bereich vorteilhaft; die Stadt Köln setze 1.200 Elektrofahrzeuge ein. China forcieren das Thema Elektromobilität sehr stark und denke darüber nach, eine Elektromobilitätsquote einzuführen, was negative Auswirkungen auf die deutsche Automobilindustrie hätte. Im Übrigen lebe die deutsche Automobilindustrie nicht in erster Linie vom Autoverkauf, sondern wesentlich von Service und Support.

Abschließend äußert Herr Dr. Eisele, er wünsche sich die alten Förderumstände bei der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein zurück. Busse mit Oberleitung rechneten sich in erster Linie in bergigen Gegenden, in Schleswig-Holstein seien Hybridbusse vorteilhafter.

(Unterbrechung von 12:40 bis 14:05 Uhr)

Punkt 2 der Tagesordnung:

Projekte „Blüten für Bienen“ und „JKK und Tiergesundheit“

Gespräch mit externen Sachverständigen

hierzu: Umdruck [18/6555](#), [18/6790](#), [18/6811](#), [18/6812](#), [18/6828](#), [18/6906](#)

Frau Last, Vorsitzende des Landesverbands Schleswig-Holsteinischer und Hamburger Imker, dem 3.265 Mitglieder mit durchschnittlich acht Bienenvölkern, darunter circa 10 bis 20 Berufsimker, angehörten, beklagt, dass Imker und Verbraucher durch die öffentliche Berichterstattung verunsichert würden. Sie wünscht sich, dass mit einer neuen Untersuchung geklärt werde, wie sich Pyrrolizidinalkaloide im Honig auf den menschlichen Organismus auswirkten.

Herr Ramert, stellvertretender Verbandsvorsitzender, trägt die Forderungen des Landesverbands Schleswig-Holsteinischer und Hamburger Imker, [Umdruck 18/6906](#), vor.

Herr Korten trägt die Stellungnahme der Interessengemeinschaft Jakobskreuzkraut „Naturschutz ohne Verlierer“ vor, [Umdruck 18/6811](#).

Herr Dr. Hemmerling, geschäftsführender Vorstand der Stiftung Naturschutz, nimmt für die Stiftung Naturschutz Stellung, [Umdruck 18/6828](#).

Schließlich trägt Herr Dr. Huckauf, Leiter des JKK-Kompetenzzentrums, den Sachstandsbericht zu den Projekten „Blüten für Bienen“ und „JKK und Tiergesundheit“, [Umdruck 18/6812](#), vor. Auf Fragen des Vorsitzenden und Abg. Rickers antwortet er, die Stiftung Naturschutz habe für ihren Eigenbetrieb zwei Doppelmesserbalken zur JKK-Mahd angeschafft. Allerdings müsse das Jakobskreuzkraut öfter gemäht werden, und die meisten Landwirte verfügten nicht über Messerbalken. Man suche weiter nach der günstigsten Methode, das Jakobskreuzkraut einzudämmen. Ähnlich wie in Großbritannien, wo das Jakobskreuzkraut auf einer schwarzen Liste stehe und als Unkraut behandelt werde, seien die Pächter in Schleswig-Holstein zu Eindämmungsmaßnahmen verpflichtet. Andere Länder mit einer Pflicht zur Bekämpfung von JKK seien ihm nicht bekannt.

Er unterstützt die Anregung des Vorsitzenden, mit einer veränderten Bewirtschaftungsweise mehr Vielfalt in die Landschaft zu bringen. Mit dem Projekt „BlütenMeer 2020“ verfolge

man das Ziel, durch gezielte Durchsaat oder Übersaat Pflanzenarten auf 2.500 ha Grünlandflächen einzubringen und dadurch für Artenvielfalt zu sorgen. Auf Wunsch von Abg. Eickhoff-Weber sagt er zu, dem Ausschuss eine Liste alternativer Trachtpflanzen zuzuleiten.

Herr Dr. Hemmerling verweist auf das gemeinsame Forschungsprojekt mit der CAU „Methoden der Zukunft“, mit dem naturschutzverträgliche Verfahren zum Vorgehen gegen Jakobskreuzkraut entwickelt werden sollten.

Frau Last stellt die Bedeutung von Sträuchern und besonders Bäumen für die Bienen heraus, die vielfach Verkehrssicherungsmaßnahmen zum Opfer fielen.

Herr Korten macht darauf aufmerksam, dass 2014 und 2016 schlechte Jahre für den Sommerhonig gewesen seien und die Belastung des Honigs aufgrund einer geringeren Verdünnung größer sei. Die Straßenmeistereien sollten stärker in die Pflicht genommen werden und mehr mähen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erläutert er, ein festes Probeteam von Imkern und Wissenschaftlern der Universität habe 14 Tage lang vor Ort Proben aus dem Honig genommen und gleichzeitig die Trachtgegend aufgenommen.

Herr Dr. Huckauf teilt mit, man habe die Imker die Proben selbst einschicken lassen.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, bittet die Beteiligten, schnellstmöglich den Vorwurf aufzuklären, Imker hätten verfälschte Honigproben abgegeben.

Herr Korten schlägt vor, die Art der Probenahme zu überdenken. Er wisse, dass Imker ihren Sommerhonig aus wirtschaftlichen Gründen mit Frühtracht gemischt hätten.

Herr Ramert weist den Vorwurf zurück. Die Waben würden entdeckelt und geschleudert, der Honig laufe in einen Eimer und werde dann im Hobbock gesammelt. Danach komme der nächste Eimer in den Hobbock. Das heiße, der Honig werde im Hobbock ohnehin gemischt; die Inhomogenität im Hobbock sei groß. Man habe als Verband darauf hingewirkt, dass die Imker genau dokumentierten, zu welchem Zeitpunkt sie den Honig geschleudert beziehungsweise die Proben genommen hätten, um Unsicherheiten bei den Imkern auszuschließen. Für die Verbraucher sei entscheidend, wie belastet der Honig sei.

Demgegenüber hält es Herr Korten für wichtig, die Proben direkt aus den Bienenvölkern zu ziehen.

Auf eine Frage von Abg. Kumbartzky teilt Herr Dr. Huckauf mit, rund 1.300 ha Grünland der Stiftung Naturschutz seien nennenswert mit JKK befallen; auf 1.200 ha davon bekämpfe man JKK.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses bei den Experten für ihre Beiträge.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Lohndumping in Schlachthöfen verhindern!

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4105](#)

hierzu: [Umdrucke 18/6520](#), [18/6628](#), [18/6650](#), [18/6706](#)

- Verfahrensfragen -

Auf Vorschlag von Abg. Voß beschließt der Umweltausschuss, zusammen mit dem Sozialausschuss eine mündliche Anhörung durchzuführen, zu der der Wirtschaftsausschuss nachrichtlich eingeladen werden soll. Die Fraktionen werden gebeten, bis zur nächsten Ausschusssitzung, am 23. November 2016, Anzuhörende zu benennen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlüsse des 28. Altenparlaments

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23.
September 2016

[Umdruck 18/6607](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse des 28. Altenparlaments, [Umdruck 18/6607](#), zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Göttsch, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Hauke Göttsch
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Protokollführer